

Nr. 23	Beschluß vom 22. Juni 1960 gemäß § 91a BVerfGG (2 BvR 37/60). Kein Anspruch aus Art. 19 Abs. 4 GG, statt der verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle (§ 25 VGG) gegen einen Ortsbauplan (in Nordwürttemberg) die Anfechtungsklage eröffnet zu erhalten . . . . .	232
Nr. 24	Beschluß vom 22. Juni 1960 gemäß § 91a BVerfGG (2 BvR 125/60). Vereinbarkeit von §§ 6 Abs. 1, 5 Abs. 2, 21 Abs. 1 GJS mit dem Grundgesetz . . . . .	234
Nr. 25	Beschluß vom 22. Juni 1960 gemäß § 91a BVerfGG (2 BvR 432/60). Eine politische Partei kann die Verletzung ihres verfassungsrechtlichen Status durch unmittelbare Parteienfinanzierung (des Landes Niedersachsen) nur im Wege des Organstreits geltend machen . . . . .	239
Nr. 26	Beschluß vom 23. Juni 1960 gemäß § 91a BVerfGG (1 BvR 413/57). Entscheidung gemäß § 90 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG ist nicht möglich, wenn der Rechtsweg gegen den angegriffenen Staatsakt nicht beschritten und zur Zeit der Entscheidung nicht mehr beschreitbar ist . . . . .	244
Nr. 27	Beschluß vom 28. Juni 1960 (2 BvL 19/59). Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei Zubilligung von Kriegsgefangenenentschädigung (Art. 3 Abs. 1 GG) . . . . .	245
Nr. 28	Beschluß vom 5. Juli 1960 gemäß § 24 BVerfGG (1 BvR 232/58). Die Grundsätze für das Verfahren der konkreten Normenkontrolle zur Abgrenzung vorkonstitutionellen Rechts gelten nicht für § 93 Abs. 2 BVerfGG . . . . .	255
Nr. 29	Beschluß vom 7. Juli 1960 gemäß § 91a BVerfGG (2 BvR 435, 440/60). Wiederaufnahmegrund gemäß § 79 Abs. 1 BVerfGG nur dann, wenn das Urteil auf einer Norm des materiellen Strafrechts, nicht des Gerichtsverfassungs- oder des Verfahrensrechts, beruht . . . . .	263
Nr. 30	Beschluß vom 12. Juli 1960 (2 BvR 373, 442/60). Wählervereinigungen muß das Wahlvorschlagsrecht, ihren Kandidaten muß die chancengleiche Teilnahme an Kommunalwahlen gewährleistet sein (Art. 28 GG) . . . . .	266
Nr. 31	Beschluß vom 21. Juli 1960 gemäß § 91a BVerfGG (1 BvR 133/60). Zur Verfassungsmäßigkeit von § 1709 Abs. 1 BGB (GG Art. 3, 6 Abs. 5) . . . . .	277
Nr. 32	Beschluß vom 25. Juli 1960 gemäß § 37 BVerfGG (2 BvA 1/56). Zurückweisung eines Antrags, die Verwirkung von Grundrechten auszusprechen (Art. 18 GG), als zur Zeit nicht hinreichend begründet . . . . .	282
Nr. 33	Beschluß vom 25. Juli 1960 (1 BvL 5/59). Ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz liegt nicht schon dann vor, wenn wirtschaftlich gleiche Lagen rechtlich verschieden behandelt werden; die Zugehörigkeit der Regelungen zu verschiedenartigen Ordnungssystemen ist zu berücksichtigen (verfassungsrechtliche Prüfung von § 76 AVG i. V. m. § 119 RVO und § 850i ZPO) . . . . .	283
Nr. 34	Beschluß vom 25. Juli 1960 (1 BvL 11/57). Entschädigung bei Maßnahmen (Umlegungsverfahren, Bausperre) nach dem rheinland-pfälzischen Aufbaugesetz (vom 1. August 1949, GVBl. S. 317) . . . . .	294

Nr. 12	Urteil vom 10. Mai 1960 (1 BvR 190, 363, 401, 409, 471/58). Das Kindergeldgesetz ist „Recht der Sozialversicherung“ (GG Art. 74 Nr. 12). Beitragspflicht an die Familienausgleichskassen (GG Art. 3 Abs. 1) . . . . .	105
Nr. 13	Beschluß vom 17. Mai 1960 (2 BvL 11/59, 11/60). Eine vorkonstitutionelle Norm ist in den Willen des nachkonstitutionellen Gesetzgebers nur dann aufgenommen, wenn sich ein Bestätigungswille aus dem Inhalt des Gesetzes selbst oder – bei Gesetzesänderungen – auch aus dem engen sachlichen Zusammenhang zwischen unveränderten und geänderten Normen objektiv erschließen läßt . . . . .	126
Nr. 14	Beschluß vom 24. Mai 1960 (2 BvR 245/60). Aufhebung von friedensgerichtlichen Urteilen, die auf Grund des nichtigen Gesetzes über die Friedensgerichtsbarkeit (BVerfGE 10, 200) ergangen sind, wegen Verletzung von Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG	136
Nr. 15	Beschluß vom 31. Mai 1960 (2 BvL 4/59). Echte (retroaktive) Rückwirkung von Gesetzen. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers, der in anhängige Verfahren eingreifende kostenrechtliche Vorschriften ändert . . . . .	139
Nr. 16	Beschluß vom 31. Mai 1960 (2 BvR 234, 235, 236/60). Vollstreckbarkeit sowjetzonaler Strafurteile in der Bundesrepublik Deutschland (GG Art. 2 Abs. 1) . . . . .	150
Nr. 17	Beschluß vom 31. Mai 1960 gemäß § 91a BVerfGG (2 BvR 408/60). Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde (BVerfGG § 93 Abs. 1, RHG § 9) . . . . .	165
Nr. 18	Beschluß vom 8. Juni 1960 (1 BvL 53/55, 16, 31, 53/56, 7, 18, 24/57). Die Bedürfnisprüfung nach § 9 Abs. 2 des Personenbeförderungsgesetzes bei der Zulassung zum Gelegenheitsverkehr mit Mietwagen und Droschken ist mit Art. 12 Abs. 1 GG nicht vereinbar . . . . .	168
Nr. 19	Beschluß vom 8. Juni 1960 (1 BvR 580/53). Die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes erstreckt sich gemäß Art. 74 Nr. 1 GG auch auf die Verfassung und das Verfahren von Behörden, die in der Form von Gerichten organisiert sind, dem Herkommen und der Übung nach als Gerichte angesehen und als solche bezeichnet werden. Ermächtigungen für den Landesgesetzgeber aus Art. 142 EGBGB . . . . .	192
Nr. 20	Beschluß vom 14. Juni 1960 (2 BvL 7/60). Der „Beförderungsschnitt“ des § 110 des Bundesbeamtengesetzes (vom 14. Januar 1953, BGBl. I S. 551) liegt außerhalb des Ermessensspielraums, den Art. 33 Abs. 5 GG einräumt . . . . .	203
Nr. 21	Beschluß vom 14. Juni 1960 (2 BvR 96/60). Einen nachgereichten Schriftsatz (§ 272a ZPO) muß das Gericht beachten und erwägen (Art. 103 Abs. 1 GG) . . . . .	218
Nr. 22	Beschluß vom 21. Juni 1960 (1 BvL 10, 25/58). Die Anwartschaft auf Sterbegeld aus der sozialen Krankenversicherung enthält keinen Anspruch auf unveränderten Fortbestand der gesetzlich oder durch Satzung festgelegten Beiträge und Leistungen (Art. 14 GG) . . . . .	221

## INHALT

Nr. 1	Beschluß vom 22. Februar 1960 gemäß § 91a BVerfGG (2 BvR 36/60). Ablehnung von nicht namentlich genannten Richtern des Bundesverfassungsgerichts, die einer bestimmten politischen Partei angehören. Besetzung des Gerichts zur Entscheidung über die Richterablehnung. Dienstliche Äußerung der Richter, wenn das Ablehnungsgesuch offensichtlich unzulässig ist. Mitwirkung von ausgeschlossenen oder abgelehnten Richtern des Bundesgerichtshofs an einem Beschluß (GG Art. 101 Abs. 1 Satz 2; ZPO §§ 41 ff.; GKG § 6) . . . . .	1
Nr. 2	Beschluß vom 15. März 1960 (2 BvG 1/57). Der ein Bundesgesetz vollziehende Verwaltungsakt erlangt grundsätzlich für das gesamte Bundesgebiet Geltung (GG Art. 30, 83). Anrufung des Bundesverfassungsgerichts im Falle des Art. 129 Abs. 1 Satz 2 GG . . . . .	6
Nr. 3	Beschluß vom 15. März 1960 (2 BvL 12/59). Die Neuregelung eines Teils einer früher durch Reichsgesetz geregelten Materie, das durch die Besatzungsmacht aufgehoben worden ist, ist keine Abänderung früheren Reichsrechts (GG Art. 125 Nr. 2; Hess. Gesetz über die Zahlung von Unterhaltsbeiträgen an . . . Wehrmachtsangehörige usw. vom 30. November 1949 – GVBl. S. 168) . . . . .	23
Nr. 4	Beschluß vom 15. März 1960 (2 BvR 251/60). Verletzung von § 308 Abs. 1 StPO und damit von Art. 103 Abs. 1 GG . . . . .	29
Nr. 5	Urteil vom 23. März 1960 (1 BvR 216/51). („Kassenarzturteil“) Soweit sich § 368a Abs. 1 Satz 1 RVO auf Ärzte bezieht, ist die Vorschrift nichtig (Art. 12 GG) . . . . .	30
Nr. 6	Beschluß vom 5. April 1960 (1 BvL 31/57). Im Bereich der darreichenden Verwaltung ist der Gesetzgeber freier gestellt als im Bereich der Eingriffsverwaltung (GG Art. 6 Abs. 1; Hausratsentschädigung) . . . . .	50
Nr. 7	Beschluß vom 5. April 1960 (1 BvR 312/53, 362, 819, 925/59). Die Urteile der (verfassungswidrigen) Friedensgerichte im Gebiete des früheren Landes Württemberg-Baden sind keine Nichturteile . . . . .	61
Nr. 8	Beschluß vom 4. Mai 1960 (1 BvL 17/57). Ehebegünstigende Lastenausgleichsregelung im Verhältnis zu den Kindern (GG Art. 6 Abs. 1). Ansprüche aus dem Lastenausgleichsgesetz sind nicht Eigentum i. S. von Art. 14 GG. Der Gesetzgeber darf ein Gesetz klarstellend ergänzen, um ein Gesetz vollziehbar zu machen . . . . .	64
Nr. 9	Beschluß vom 10. Mai 1960 (2 BvL 76/58). „Landesregierung“ i. S. von Art. 80 Abs. 1 Satz 1 GG (Milch- und Fettgesetz § 12 Abs. 2 i. d. F. vom 10. Dezember 1952, BGBl. I S. 811) . . . . .	77
Nr. 10	Beschluß vom 10. Mai 1960 (2 BvO 6/56). § 9 Abs. 2 des brem. Urlaubsgesetzes i. d. F. vom 25. April 1949 (GBl. S. 71) ist insoweit Bundesrecht geworden, als er sich auf Arbeiter der Bundespost bezieht . . . . .	89
Nr. 11	Beschluß vom 10. Mai 1960 (2 BvQ 1/60). Ablehnung des Antrags, durch einstweilige Anordnung im Saarland angesetzte Kommunalwahlen zu untersagen . . . . .	102

3-20

DE-20

ENTSCHEIDUNGEN  
DES  
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS



Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

11. Band · Lieferung 1/3

... de la ...	
... Cón	
Ubicación 2	104



1961

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN